

Ercheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Anzeigengeld:
a) im Anzeigenteil.
Die Seite . . . 15 Goldpfennige
Familienanzeigen 8 Goldpfennige
b) im Reklameteil.
Die Seite . . . 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag.

Für Platzvorschriften kann keine Gewähr übernommen werden.

Gerichtsstand für beide Teile ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich, mit Trägerlohn.
Postbezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Spezialpreis Nr. 9.

Verantwortliche Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele.
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei.

Nr. 6 Freitag, den 9. Januar 1925. 89. Jahrgang.

Die Regierungskrise.

Immer noch keine Lösung. — Dr. Marx setzt die Verhandlungen fort.
Alle Versuche des Reichskanzlers aussichtslos.

Berlin, 8. Jan. Den Versuchen des Herrn Marx, ein überparteiliches Kabinett, vorwiegend von Beamtencharakter, zu bilden, stellen sich immer neue Hindernisse entgegen, so daß die Versuche des Herrn Marx als vollkommen aussichtslos erscheinen müssen. Bei den Bemühungen des Kanzlers haben sich bei den in Betracht kommenden Persönlichkeiten des bisherigen Reichskabinetts Schwierigkeiten ergeben, die, wie anzunehmen ist, dazu führen werden, daß Herr Marx den ihm vom Reichspräsidenten gewordenen Auftrag zur Kabinettsbildung alsbald in die Hände des Herrn Ebert zurücklegen wird.

Gegen Abend wurde in den Wandelgängen des Reichstages die Möglichkeit erörtert, daß infolge neuer Schwierigkeiten der Reichskanzler Dr. Marx seinen Auftrag noch heute an den Reichspräsidenten zurückgeben könnte. Von unterrichteter Seite wird es als richtig bezeichnet, daß die Minister Dr. Luther und Graf Rauten nicht geneigt sein dürften, in ein überparteiliches Kabinett einzutreten, um dessen Zustandekommen sich der Reichskanzler heute bemüht hat. Infolgedessen wird es an der angeführten Stelle für sehr wahrscheinlich gehalten, daß die Rückgabe des Auftrages durch den Reichskanzler Marx erfolgen wird. An seiner Stelle käme dann die Beauftragung des Reichsfinanzministers Dr. Luther mit der Bildung des Kabinetts in Frage.

Dr. Marx führt die Verhandlungen weiter.

Berlin, 8. Jan. Um 8 1/2 Uhr abends wurde von zuständiger Stelle die folgende Mitteilung bekannt gegeben: Die Bemühungen des Reichskanzlers Marx gemäß dem ihm erteilten Auftrag, so rasch wie möglich eine Regierung zu bilden, haben heute noch nicht zu einem Ergebnis geführt. Zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler fand heute abend eine Aussprache statt, auf Grund deren der Reichskanzler morgen die Verhandlungen fortführen wird.

Vom Reichstag.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages konstituiert.

Berlin, 8. Jan. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages hat sich heute nach Schluß der Plenarsitzung konstituiert und zum Vorsitzenden den Abg. Hertig (Dn.) gewählt. Der Ausschuss tritt am Freitag vormittag um 10 Uhr zusammen.

Die Schriftführer des neuen Reichstages.

Berlin, 8. Jan. Zu Schriftführern des Reichstages wurden 12 Abgeordnete gewählt: 3 Sozialdemokraten, 3 Deutschnationale, 2 Mitglieder des Zentrums, je 1 Mitglied der Deutschen Volkspartei, der Deutsch-Demokratischen Partei, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung. Die Kommunisten und die Nationalsozialisten erhielten keine Schriftführerposten. Die Namen der gewählten Schriftführer sind: Frau Lages (Soz.), Frau Bohm-Schuch (Soz.), Schmidt-Meiken (Soz.), Budjuhn (Dntl.), Dr. Philipp (Dntl.), Schulz-Frankfurt (Dntl.), Schwarz-Frankfurt (Z.), Frau Teusch (Z.), Dr. Runkel (D.V.P.), Ziegler (Dem.), Rausch-München (Bayr. Volksp.), Lude (Wirtsch. Vereinig.).

Das Programm des Reichstags für die nächsten Tage.

Berlin, 8. Jan. Der Vorkonferenz-Ausschuss des Reichstages hat in seiner heutigen Sitzung die Dispositionen für die nächsten Tage getroffen. Morgen werden Geschäftsordnungsanträge und Amnestieanträge beraten. Für die Sonnabend-Sitzung ist die Regierungserklärung in Aussicht genommen, weil erwartet wird, daß bis dahin die Bildung der Regierung vollzogen sein wird. Am Montag soll die Aussprache über die Regierungserklärung beginnen. Im Uebrigen einigte sich der Vorkonferenz-Ausschuss über die Wiedereröffnung früherer Ausschüsse, wie des für die Arbeitsbeschäftigtenfragen, für die Aufwertungsfrage, für das besetzte Gebiet usw.

Die Sitzung des Vorkonferenzrats.

Berlin, 8. Jan. Im Reichstag ist heute vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten Loebner der Vorkonferenzrat zum erstenmal zusammengetreten. Zunächst wurde die Verteilung der Sitze in den einzelnen Fraktionen auf den Vorkonferenzrat und auf die Ausschüsse des Reichstages vorgenommen. Von den Fraktionen war im Laufe des Vormittags nur die Bayerische Volkspartei zusammengetreten, die weitere Anträge vorbereitete. Für 1 Uhr sind die Deutschnationalen einberufen worden.

Der Vorkonferenzrat des Reichstages zusammenberufen.

Berlin, 9. Jan. Der Vorkonferenzrat des Reichstages ist erneut zusammenberufen worden um zu der Geschäftsfrage Stellung zu nehmen. Er versammelt sich am Freitag nachmittag um 2 1/2 Uhr.

Regierungserklärung im preussischen Landtag am Mittwoch?

Berlin, 8. Jan. Der Vorkonferenzrat des preussischen Landtages beriet am Donnerstag vor der Plenarsitzung über die Geschäftsfrage. Am Freitag soll die Plenarsitzung um 11 Uhr mit einer Regierungserklärung zu der Nichträumung

Kölns beginnen. Die Kommunisten wollen zu dieser Erklärung besondere Stellung nehmen, während die übrigen Parteien das Wort nicht ergreifen dürften. Die nächste Sitzung soll am Mittwoch nächster Woche stattfinden. Man erwartet, daß an diesem Tage das Kumpfkabinett mit einer Regierungserklärung vor den Landtag treten wird.

Zur Räumungsfrage.

Die Antwort auf den deutschen Protest.

Berlin, 9. Jan. Der Berliner Lokalanzeiger meldet aus London: Wie aus zuverlässiger Quelle bekannt wird, haben die Alliierten beschlossen, die deutsche Note frühestens in 10 bis 14 Tagen zu beantworten, keineswegs aber vor dem Schluß der Pariser Konferenz.

Kölns Einspruch gegen die Besetzung.

Köln, 9. Jan. Die gestrige Stadtverordnetenversammlung erhob durch den Oberbürgermeister energisch Einspruch gegen die Verlängerung der Besetzung der Kölner Zone.

Neue französische Angeheerlichkeiten.

Paris, 8. Jan. Dem „Jurassien“ zufolge erklärt man am Quai d'Orsay zur deutschen Antwort auf die Räumungsnote, daß die normale Räumungsfrist der dritten Rheinzone 15 Jahre betrage. Die Räumung der Kölner Zone nach Ablauf von 5 Jahren (!) wäre ein Zugeständnis, das Deutschland nur durch eine besonders willkürige Haltung hätte rechtfertigen können. Was die genaueren Angaben der Besetzungen Deutschlands anbelangt, um die Stresemann ersucht, so betont man, daß sie in großer Zahl vorhanden seien.

Amerika für die Räumung.

Berlin, 9. Jan. Die Bostische Zeitung läßt sich aus New York melden: Die New York Times schreiben zum Kölner Notenwechsel, der Schlußbericht der interalliierten Kontrollkommission sollte die öffentliche Meinung schnell über den wirklichen Stand der Entwaffnung aufklären. Das würde die Einleitung von Verhandlungen zum Zwecke eines Kompromisses erleichtern. Glücklicherweise sei die deutsche Regierung vernünftiger, als die deutschen Nationalisten und die Extremisten im In- und Ausland, die auf ein Falllassen des Dawes-Planes drängen. Solche Politik würde Selbstmord bedeuten. Im Interesse aller Beteiligten sollten die Kölner und Ruhrtruppen so schnell als möglich zurückgezogen werden, wenn der Schlußbericht nicht zeige, daß Deutschland ernste Vorbereitungen für einen neuen Krieg trifft.

Vor dem Rücktritt des Reichspostministers Höfle?

Berlin, 8. Jan. Auf Grund einer ausgedehnten Aussprache, die heute vormittag beim Zentrum stattfand, ist mit dem alsbaldigen Rücktritt des bisherigen Reichspostministers Dr. Höfle zu rechnen, d. h. Dr. Höfle wird an dem zurzeit in Bildung begriffenen neuen Kabinett nicht mehr teilnehmen. Der Rücktritt ist aber bis 1/2 Uhr noch nicht erfolgt.

Berlin, 8. Jan. Von Herrn Reichspostminister Höfle ging der Tel.-Union folgende Erklärung zu: Die Nachtausgabe des „Tag“ vom 8. Januar 1925 bringt in sensationeller Aufmachung folgende Mitteilungen: 1. „Der Reichspostminister Dr. Höfle habe in den letzten Monaten des verflochtenen Jahres Ueberhöflichkeit der Reichspostverwaltung in Höhe von nicht weniger als 45 Millionen den Barmarkts zur Verfügung gestellt.“ Diese Ausführungen sind vollkommen aus der Luft gegriffen. Wie erst kürzlich amtlich mitgeteilt wurde, hat die Reichspostverwaltung den Industrien des Barmarktzentrums einen Kredit von 14,5 Millionen zur Verfügung gestellt. Die Beträge sind durch einen Effekten- und Wechselbehalt sichergestellt. Außerdem wurden sie bei 17 in- und ausländischen von den Sachverständigen anerkannten Versicherungsgesellschaften versichert. 2. Der „Tag“ behauptet, diese Kredite seien durch die Girozentrale der Reichsbank in München ausbezahlt worden. Die Bank habe den Auftrag erhalten, diese Summe auszuzahlen und zwar ohne daß diese Anordnung durch die Gegenseignung eines Ministerialdirektors gedeckt wurde, was notwendig gewesen wäre, aber nicht geschehen ist, weil aus irgendwelchen unbekanntem Gründen die Verwaltung von der Ueberweisung jener Summe nichts erfahren sollte. Demgegenüber wird festgestellt, daß die 14,5 Millionen von der Reichspostverwaltung auf durchaus ordnungsmäßigem Wege der Deutschen Girozentrale in Berlin übermittelte wurden, die sie als Treuhänderin der Bank an den Barmarktzentrum weiterleitete. 3. Weiter wird mitgeteilt, daß der Zentrumssabgeordnete Lange-Hegermann bei der Uebermittlung der Postgelder an den Barmarktzentrum tätig gewesen sei. Auch diese Darstellung ist frei erfunden. Ferner ist die Behauptung, die sich noch in anderen Blättern findet, daß die Zentrumspartei des Reichstages den Rücktritt Dr. Höfles beschloffen habe und der Rücktritt sofort vollzogen worden sei, falsch. Der Reichspostminister teilt ferner mit, daß die in der Presse erschienenen Nachrichten, es habe das Reichstagsmandat niedergelegt, unrichtig seien.

Neueste Nachrichten.

Die Kabinettsbildung durch Dr. Marx löst auf neue, diesmal innere Schwierigkeiten. Dr. Marx hat sich nochmals zu einem allerletzten Versuch entschlossen.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages wählte Dr. Hertig (Dntl.) zum Vorsitzenden.

Der Kölner Oberbürgermeister Dr. Udenauer legte in der Kölner Stadtverordnetenversammlung unter allgemeiner Zustimmung scharfen Einspruch gegen die Nichträumung der Kölner Zone ein.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Bartels wurde in der Stichwahl gegen den Deutschnationalen von Kries zum preussischen Landtagspräsidenten gewählt.

Zwischen Churchill und Oberst Bogan ist eine Einigung über die amerikanischen Ansprüche auf die Reparationszahlungen erzielt worden.

Mussolini kündigt an, daß die Session der italienischen Kammer nach Annahme der Wahlvorlage geschlossen werde.

Der Arbeitsplan der Pariser Finanzkonferenz

Paris, 9. Jan. Nach einer amtlichen Erklärung hat die interalliierte Finanzkonferenz heute auf Vorschlag Clementels folgende Arbeitsmethoden angenommen: Sämtliche strittigen Punkte, die von dem interalliierten Finanzsachverständigenausschuss, der bekanntlich vor einigen Monaten zur Vorbereitung der Konferenz zusammengetreten ist, nicht geklärt werden konnten, werden Freitag und Sonnabend Gegenstand einer privaten Aussprache zwischen den Hauptdelegierten bilden. Die Konferenz wird am nächsten Montag wieder eine Vollsitzung abhalten und das Ergebnis der privaten Besprechungen zwischen den Delegierten prüfen. Den Mächten der kleinen Entente, die im Finanzsachverständigenausschuss nicht vertreten sind, wird Gelegenheit gegeben, rechtzeitig ihre Einwendung vorzubringen. Clementel hat ferner die Notwendigkeit betont, in kürzester Zeit zu einer Einigung zu gelangen. Er hob hervor, daß daher auch am kommenden Sonntag die Arbeiten keine Unterbrechung erfahren werden. Er gab weiter der Erwartung Ausdruck, daß die Arbeiten der Konferenz voraussichtlich schon am kommenden Dienstag zum Abschluß gebracht werden. Schließlich ersuchte Clementel die anwesenden Delegierten, über den Bericht des Sachverständigenausschusses vorläufig strengstes Stillschweigen zu bewahren. Die Konferenz hat die Erklärungen Clementels einstimmig gutgeheißen. Die Delegierten der in dem Sachverständigenausschuss nicht vertretenen Mächte haben auf die Fragen hingewiesen, die zum Gegenstand eines besonderen privaten Meinungs-austausches gemacht werden könnten. Ergänzend ist hinzuzufügen, daß der zweite französische Delegierte Sombou, der gleichzeitig der politischen Abteilung am Quai d'Orsay vorsteht, schwer erkrankt ist und durch den Kabinettschef Herriots, Bergery, vertreten wurde.

Das Verhandlungsprogramm.

Paris, 7. Jan. Die Blätter enthalten zahlreiche Hinweise auf die Finanzministerkonferenz. Das offizielle Verhandlungsprogramm steht nachstehende drei Punkte vor: 1. Verteilung der Ruhrgewinne, 2. Verteilung der ersten Leistungen aus dem Sachverständigen-Bericht, 3. Berechnung der amerikanischen Forderung. — Die Pariser Presse wendet naturgemäß dem ersten Verhandlungsgegenstand die größte Aufmerksamkeit zu. Die gesamten Ruhreinnahmen betragen nach einer offiziellen französischen Mitteilung 1 185 900 000 Franken. Die direkten Ausgaben für militärische und wirtschaftliche Besetzung, Micum usw. beliefen sich auf 183 000 000 Franken. (Militärische Aufkosten 114 Millionen, Aufkosten für Einsetzung der Micum 50 Millionen Franken.) Echo de Paris erwartet ernste Schwierigkeiten mit den englischen Vertretern. England bestreitet der französischen Regierung das Recht, von den Bruttoeinnahmen die Besetzungskosten abzuziehen, aus denen nach einem Abkommen vom März 1922 die mit dem Unterhalt der Besetzungsmarine zusammenhängenden Aufkosten bestritten werden müssen. Sollte der englische Standpunkt anerkannt werden, so meint das Echo de Paris, so würden nahezu 200 Millionen Franken von den Belgiern erhoben und Frankreich sei in die Notwendigkeit veretzt, Schuldverpflichtungen gegenüber Belgien einzugehen. Andererseits vertritt das englische Echo die Auffassung, daß die deutschen Sachlieferungen zu niedrig angelegt seien. Eine weitere Schwierigkeit bietet die Frage, inwieweit Belgien nach Befriedigung seiner Priorität berechtigt ist, an der Verteilung der ersten deutschen Jahresleistung teilzunehmen. Eine andere strittige Frage sei es, ob der Dawes-Plan eine Herabsetzung der Zahlungen des Londoner Abkommens von Mai 1921 nach sich ziehen werde. Echo de Paris teilt ferner mit, daß nahezu 1/4 von der ersten deutschen Jahresleistung auf die rheinischen Besetzungskosten in Höhe von 280 Millionen Goldmark angerechnet werden

Zur Lage.

Berlin, 8. Januar. Das preussische Kabinett dürfte zunächst einmal feststehen, nachdem sich das Zentrum mit aller Entschiedenheit gegen eine weitere Sprengung der Koalition, die ja nur noch die Weimarer Koalition, nicht aber mehr die Große Koalition ist, ausgesprochen hat. Die Loslösung des Zentrums von der Deutschen Volkspartei ist naturgemäß nicht ohne Einfluss auf das Reich. Das Zentrum bleibt in beiden Fällen Regierungspartei, während die Deutsche Volkspartei in beiden Fällen ausscheidet. — Doch zunächst noch einmal zu Preußen zurück. Es sind Verhandlungen im Gange, über deren Aussichten wir nichts sagen können, die aber vermutlich das Ziel haben, der Regierung eine kleine Mehrheit zu schaffen, indem man die Wirtschaftspartei heranzieht. Sie würde voraussichtlich dann einen Sitz im Kabinett, etwa das Wirtschaftsministerium erhalten, während noch nicht feststeht, wie das Kultusministerium und das Finanzministerium von Herrn Braun besetzt werden soll. Die Wirtschaftspartei hat eine Schwenkung gemacht, die auch für das Reich von außerordentlichem Interesse ist und die für die weitere Entwicklung bedeutend bleibt. Der bisherige Führer der Reichstagsfraktion, Professor Dr. Vredt, hatte von sich aus in einem Berliner Blatt eine Erklärung veröffentlicht, daß sich seine Partei an keiner Regierung beteiligen würde, die mit der Sozialdemokratie zusammengeht oder auch nur auf die Neutralität der Sozialdemokratie angewiesen ist. Es war etwas auffällig, daß Herr Dr. Vredt nicht wieder zum Fraktionsvorsitzenden gewählt wurde, sondern an seiner Stelle Professor Fehr, der eigentliche Führer des Bayerischen Bauernbundes. Das wurde ganz richtig als Desavouierungsmittel angesehen und der gestrige Tag hat bei der Präsidentenwahl im Reichstag auch zweifellos den Beweis dafür erbracht, daß sich die Wirtschaftspartei als zur Mitte gehörig, nicht als nach rechts orientiert, betrachtet. Sie hat nämlich für Loebe gestimmt.

Diese Tatsachen sind außerordentlich bedeutsam, weil sie dem Reichskanzler Gelegenheit geben, ein Kabinett zu bilden, ohne Gefahr zu laufen, sofort ein Mißtrauensvotum zu erhalten. Zentrum und Demokraten werden voraussichtlich dieses Kabinett allein bilden, aber sie können auf die Sozialdemokratie und auf die Wirtschaftspartei, vielleicht sogar auf die Bayerische Volkspartei rechnen. Sie hätten also eine, wenn auch schwache, so doch ausreichende Mehrheit hinter sich. Wie sich die Regierung im übrigen im einzelnen zusammensetzen wird, bleibt vorläufig noch unentschieden. Erst der heutige Tag soll darüber Klarheit schaffen. Tatsache ist nur, daß Herr Jarrés ausscheidet, was ja seinem alten Wunsch entspricht und an und für sich mit der Tagespolitik nicht zusammenhängt und daß ferner Herr Dr. Stresemann von seinem Amt als Außenminister zurücktritt. Es sind also dann vier Plätze neu zu besetzen: Inneres, Aeußeres, Verkehr und Justiz. Wahrscheinlich kommt für das Innenministerium der Führer der Demokraten, Dr. Koch, in Frage, weil die Reichsregierung auf dem Standpunkt steht, daß Herr Dr. Hamm und Herr Dr. Gehler nicht als offizielle Vertreter der Demokratischen Partei anzusehen sind, da sie der Fraktion nicht angehören. Jedoch ist das schließlich mehr eine Frage der Praxis, als der Grundsätze. Das Zentrum behält seinen Posten bei. Vorläufig ist damit zu rechnen, daß der Reichskanzler provisorisch das Außenministerium übernimmt. Erreulich ist ein solcher Zustand nicht und wir haben im Kabinett Wirth nach der Ernennung Rathenaus gesehen, daß das zu Unzuträglichkeiten führt. Es ist aber anzunehmen, daß diese Lösung eine rein provisorische ist, denn im tiefsten Herzen hegen die Mittelparteien noch immer die Hoffnung, daß die Deutsche Volkspartei zur Regierung zurückkehrt. Die übrigen Ministerien werden also mit Staatssekretären besetzt. Einzelheiten darüber werden wir vermutlich erst gegen Abend erfahren.

Ob das neue Kabinett schon morgen eine Erklärung abgeben kann oder erst am Samstag, läßt sich naturgemäß nicht bestimmen. Darüber würde in der ersten Kabinettsitzung beraten werden müssen. Die letzte heute früh hat dem Bericht des Staatssekretärs Dr. Trendelenburg gegolten. Der morgen wieder nach Paris zurückkehrt. Die Verhandlungen mit Frankreich werden nicht zum Ziele führen, jedenfalls nicht zurzeit und am Samstag tritt der vertragslose Zustand ein.

Es ist um so weniger anzunehmen, daß man auf französischer Seite ein rascheres Tempo anschlügt, als ja die Finanzministerkonferenz die französische Regierung vollkommen in Anspruch nimmt. Die Eröffnungssitzung brachte gestern nur bedeutungslose Reden, wichtig aber waren die Verhandlungen hinter den Kulissen, die wichtigste wahrscheinlich die zwischen dem Amerikaner Logan und Churchill über die englischen Schulden und die amerikanischen Anforderungen an die deutschen Reparationszahlungen. Man ist augenblicklich in Paris etwas reichlich optimistisch und rechnet auf ein Kompromiß in dem Sinne, daß England seinen Widerstand gegen die Anerkennung der amerikanischen Forderungen aufgibt, wofür Amerika die Bezahlung seiner Kosten und Schadenersatzansprüche nicht innerhalb von 12, sondern erst von 25 Jahren verlangt. Selbst das vorausgesetzt, bleibt die Frage ungelöst, wer schließlich auf seinen Anteil an der Beute zugunsten Amerikas verzichtet. England wünscht, daß Belgien das tut, weil es schon bezahlt ist, die Engländer behaupten sogar überbezahlt, und noch 8 Prozent von den Annullitäten zu bekommen hat.

Heute findet die Unterredung Churchill—Clementel statt. Die Franzosen wünschen, auf das Abkommen zurückzugreifen, das im August 1923 ihnen Lord Curzon vorschlug, das Polnars aber ablehnte. Curzon wollte damals auf alle Beiträge seiner Bundesgenossen verzichten, soweit sie England nicht zur Schuldentilgung braucht. Frankreich hätte dann 11 Milliarden ersparen können und nur noch 3 Milliarden zu bezahlen gehabt. Es ist aber äußerst fraglich, ob England auf dieses Angebot zurückkommt.

Gerüchte über eine neue Konferenz, die im März die Schuldenfrage erörtern soll, werden offiziös dementiert. Die Nachricht geht wahrscheinlich von London aus und ist als Versuchsalibi zu bezeichnen. Die Amerikaner dürften kaum geneigt sein, daran teilzunehmen.

Amtliche Bekanntmachungen

Ausbruch der Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche ist in Fünfsronn, Oberamt Nagold, ausgebrochen.
Vom Oberamtsbezirk Calw fallen in den 15 km-Umkreis um den Seuchenort die Gemeinden: Hornberg, Zwerenberg, Nischthalen, Bergorie, Martinsmoos, Neuweiler, Oberhaugstett, Neubulach, Liebelsberg, Breitenberg, Emberg, Schmied, Würzbach, Agenbach, Oberollwangen.
Calw, den 8. Januar 1925.

Oberamt: Bögel, A.B.

Maul- und Klauenseuche.

In Hohenwart, bad. Bezirksamt Pforzheim, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.
Vom Oberamtsbezirk Calw fallen in den 15 km-Umkreis um den Seuchenort die Gemeinden: Altbürg, Alzenberg, Calw, Altmund, Neuhengstett, Hirsau, Liebenzell, Wötlingen, Monatam, Ober- und Unterreichenbach, Oberollwachen, Ostelsheim, Ottenbronn, Röttenbach, Simmozheim, Unterhaugstett und Würzbach.
Calw, den 7. Januar 1925.

Oberamt: Bögel, A.B.

Bekanntmachung.

Es besteht Veranlassung, die beteiligten Kreise darauf hinzuweisen, daß im Freien, in Feimen, unter bloßen Schuttdächern und in offenen Schuppen leicht brennbare oder besonders feuergefährliche Stoffe, also namentlich Garben, Stroh, Heu, Dehnd, Hanf, Glas, Berg und Streu, ferner Firnis, Lack, Teer, Spirit, Harz, Schwefel, Oel und Fette nur in einer solchen Entfernung von Gebäuden, Wäldungen und Eisenbahnen gelagert werden dürfen, die keine Feuersgefahr befürchten läßt.

Zu widerstandlungen sind strafbar.
Die Dispolizeibehörden wollen Vorstehendes ortsbüchlich bekannt machen und bei Zuwiderhandlungen unnaehsichtlich Strafanzeige an das Oberamt erlassen.

Calw, den 31. Dezember 1924.

Oberamt: Bögel, A.B.

Die deutsch-französische Wirtschaftskrise.

Berlin, 8. Jan. Der Führer der deutschen Wirtschaftsabordnung in Paris, Trendelenburg, ist gestern abend in Begleitung verschiedener Sachverständiger hier eingetroffen. Aus Kreisen, die über die Vorgänge der Pariser Wirtschaftsverhandlungen gut unterrichtet sind, erzählt die Telunion folgendes:

Der Versuch der Pariser Presse, die politische Spannung infolge der Entwaffnungsnote mit der augenblicklichen Schwierigkeit in den Wirtschaftsverhandlungen in Verbindung zu bringen, ist nichts als ein Wandel. Die Delegation hat, wie allen den zahlreichen in diesen Tagen nach Paris berufenen Sachverständigen genau bekannt ist, auf das strengste die Erörterung politischer Momente abgelehnt und sich auf diejenige der reinen wirtschaftlichen Fragen beschränkt. Die Unterstellung der französischen Presse, die deutsche Delegation habe der französischen Regierung irgend eine Mitteilung gemacht, als ob ein Zusammenhang zwischen der Ablehnung der französischen Minimalfische und der Entwaffnungsnote bestünde, ist daher mit vollem Recht zurückgewiesen worden. Es ist ferner gänzlich unrichtig, daß von der deutschen Delegation den Franzosen ein Provisorium angeboten worden ist. Man hat im Gegenteil seitens der Delegation nie einen Zweifel darüber gelassen, daß uns an einem möglichst schnellen und endgültigen Abkommen, aber nicht an einem Provisorium, gelegen sei. Wie sehr die Delegation sich darum bemüht hat, die Verhandlungsmöglichkeiten gegenüber Frankreich zu erschöpfen, geht wohl am klarsten daraus hervor, daß der Vorsitzende der Delegation, Staatssekretär Trendelenburg, trotz der in Berlin vorbereitenden Ansicht, ein Provisorium könne für Deutschland nur von Nachteil sein, sich entschloß, den unmöglichen Vorschlag der französischen Regierung für ein Provisorium dem Reichsministerium vorzulegen. Die von der französischen Regierung ausgearbeiteten Vorschläge für ein Provisorium, die augenblicklich der Kabinettberatung unterliegen, sind seit ihrer Bekanntgabe durch die Presse von der deutschen Wirtschaft einhellig abgelehnt worden. Es muß immer wieder betont werden, daß Frankreich durch seine, mitten in den Verhandlungen auf den Tisch gemworfenen gerade für die uns interessierende Ausfuhr direkt prohibitiven neuen Minimalfische, die Verhandlungen in dieses kritische Stadium gebracht hat. Diese Sätze liegen selbst den wärmsten Vertretern des Vertragsgedankens Zweifel darüber aufkommen, ob bei Aufrechterhaltung des Entwurfs irgend ein Interesse für Deutschland nach Herbeiführung des Vertragszustandes noch besteht, bei dem für uns nichts, für Frankreich aber alles zu gewinnen ist.

Die deutsche Wirtschaftsdelegation an die Pariser Presse.

Paris, 7. Jan. Die deutsche Wirtschaftsdelegation in Paris hat heute abend folgende Mitteilung an die Presse ausgegeben: Die deutsche Regierung hat Trendelenburg aufgefordert, mit dem Kabinett sofort über den vor der französischen Delegation vorgeschlagenen Modus vivendi sowie über die anderen Schwierigkeiten, die sich bei den Verhandlungen ergaben, zu beraten. Der Vorsitzende der deutschen Delegation ist heute abend nach Berlin abgereist. Die deutsche Delegation und die Sachverständigen haben trotzdem ihre Arbeiten fortgesetzt und werden sie bis zur Rückkehr Trendelenburgs weiter fortsetzen. Wie der Vertreter der Telunion dazu erklärt, werden die Sachverständigenberatungen sich hauptsächlich auf die französischen Zollsätze beziehen, in denen sie bis zum Freitag vollständige Klarheit zu erreichen hoffen. Staatssekretär Trendelenburg hofft bei seiner Rückkehr die deutsche Antwort auf den französischen Vorschlag eines Modus vivendi vorlegen zu können. Die französischen Zeitungsmeldungen von einem bereits erfolgten vollständigen Abbruch der Verhandlungen werden jetzt sowohl von französischer als auch von deutscher Seite bestritten. Staatssekretär Trendelenburg, der bei seiner Abreise aus Paris die Vertreter der deutschen Presse empfing, betonte, daß es unrichtig sei, politische Fragen, wie die Frage der Besetzung Kölns, mit dem augenblicklichen Stand der Verhandlungen in unmittelbaren Zusammenhang zu bringen. Die deutsche Delegation hat sich bisher nur von wirtschaftlichen Interessen leiten lassen und die jetzt entstandenen Meinungsverschiedenheiten seien lediglich auf wirtschaftliche Erwägungen zurückzuführen. Richtig ist, daß die Vertreter der deutschen Schwerindustrie mit Herrn Tessen an der Spitze aus Gründen der allgemeinen Lage die Fortsetzung der allgemeinen Aussprache mit den französischen Schwerindustriellen unterbrochen haben. Aber diese Aussprache bezieht sich nur auf private wirtschaftliche Verhandlungen, nicht aber auf den Wirtschaftsvertrag.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 9. Januar 1925.

Dienstnachricht.

Dem Unterlehrer Eugen Schwenk in Welkeneschwan ist eine Lehrstelle an der evang. Volksschule in Schramberg O.A. Oberndorf übertragen worden.

Auszeichnung.

Fräulein Christiane Gulde in Deckenpfronn sieht diese Tage auf eine 25jährige Wirksamkeit für die Württemberg Landesparkasse zurück. Aus diesem Anlaß ist ihr von der Anstalt ein Ehrenbecher mit Diplom überreicht worden.

Elässisches Theater Stuttgart.

Wie uns von der Bezirksleitung des württ. Kriegerbundes mitgeteilt wird ist es gelungen, das Elässische Theater Stuttgart zu einem einmaligen Gastspiel in Calw am Samstag, den 24. Januar, zu gewinnen. Das Elässische Theater Stuttgart ist ein Ensemble, das sich aus Angehörigen des Hilfsbundes vertriebener Eläss-Lothringer im Reich zusammensetzt und sich die Pflege des eläss-lothringischen Gedankens in der Schauspielkunst zur Aufgabe gemacht hat. Auf eine stattliche Reihe außerordentlicher Erfolge in den Städten Württembergs zurückblickend, ist das Elässische Theater Stuttgart nicht nur in ganzem Land einzig dastehend in seiner Art, sondern Bühne versprechen auch einen erlebten Kunstgenuß. Wir hören, wird das Theater „D' Millionepartie“, ein Hörer, wird das Theater „D' Millionepartie“, einer Schwanke in 3 Akten von L. Stohkopf, hier zur Aufführung bringen.

Erdbeben.

Hohenheim, 8. Jan. Vergangene Nacht von 3 Uhr 40 Minuten 32 Sekunden ab wurde von den Instrumenten ein mäßig starkes Erdbeben aufgezeichnet. Der Herd befand sich in etwa 300 Kilometer Entfernung. Als Ursprungs ort des Bebens dürften die Salzburger Alpen oder die nördliche Schweiz in Betracht kommen.

Vom Landtag.

(S.C.B.) Stuttgart, 8. Jan. Der Finanzausschuß behandelte am Donnerstag weitere Fragen zu Kapitel 34 (Landesgewerbeamt). Dabei kam die Verlegung der Fachschule für Feinmechanik von Schwenningen nach Stuttgart zur Sprache. Regierungsseitig wurde erklärt, daß diese Dinge im Fluß seien. Ein demokratischer Redner wünscht, daß auch Volksschulbildung für die Fachschule genüge, ein Zentrumredner behandelt die Frage des Aufwandes im Bauhandwerk. Ausgiebig wird das Lehrlingswesen in Industrie und Handwerk durch verschiedene Parteiredner erörtert. Der Berichterstatter empfiehlt die Erhöhung des Etatsjahres für Ausstellungen und Messen von 10 auf 15 000 Mark, Beschaffung einer italienischen Ausstellung für Kunstgewerbe und bemängelt die Streichung von 10 000 M für Betriebsräteurkunde. Regierungsseitig wird auf verschiedene Anfragen darauf hingewiesen, daß in den Kapiteln des Arbeitsministeriums Mittel für Arbeiterinteressen vorgelegen sind. Ein Antrag Pflüger, die Summe von 10 000 M einzusetzen, wird mit 6 Ja bei 2 Nein und 7 Enthaltungen abgelehnt. Die Zuschußforderung für das Technikum für Textilindustrie in Reutlingen mit 41 000 M, begründet und bekräftigt von demokratischer Seite, wird genehmigt. Das Kapitel über das Eisenwesen findet ohne Aussprache Annahme. Bei Kapitel 35 (Gewerbe- und Handelsaufsicht) wünscht der Berichterstatter mindestens eine jährliche Revision jeden Betriebes. Eine Rednerin des Zentrums wünscht höhere Wertung der Arbeit der Gewerbeschaffnerinnen. Staatsrat Rau ist für Vermehrung der Betriebsrevisionen, Schuld am Rückgang sei der Abbau der Aufsichtsbearbeiter. Die oft behandelte Frage der Sonntagsruhe in kaufmännischen Geschäften kommt zu eingehender Besprechung. Unter Abwägung der Bedürfnisse und berechtigten Belange soll ein angemessener Ausgleich erreicht werden. Den Gewerbeschaffnerinnen wird Abhilfe in Aussicht gestellt. Seitens des Zentrums wurde auf die verschiedene Behandlung kleiner Konditoreien und Bäckereien und andererseits der großen Kaffees und Restaurants mit eigenem Konditoreibetrieb hinsichtlich der Sonntagsruhe aufmerksam gemacht. Regierungsseitig wurde die Bäckereiordnung hiezu geltend gemacht.

Wetter für Samstag und Sonntag.

Die Ausbreitung des Hochdrucks über Mitteleuropa macht weitere Fortschritte, jedoch der Luftwirbel über der Nordsee ohne Einwirkung bleibt. Für Samstag und Sonntag ist ziemlich bewölkt und rauhes Wetter zu erwarten.

(S.C.B.) Stuttgart, 8. Jan. Nach einer Zeitungsnachricht hat die Amtskörperschaft Leonberg dem Württ. Automobilklub einen Beitrag von 60 000 Mark zum Ausbau einer Auto-Rennstrecke rund um die Solitude bewilligt. Die Geschäftsstelle des Württ. Bauern- und Weingärtnerbundes hat sich darauf an das Ministerium des Innern gewandt mit der Bitte, das Aufsichtsrecht über die Amtskörperschaft Leonberg auszuüben und die Ausgabe dieses Betrages, die eine Verschleuderung von bäuerlichen Steuergeldern sei, nicht zu genehmigen.

(S.C.B.) Stuttgart, 8. Jan. Nach einer Bekanntmachung des Finanzministeriums hat die Staatshauptkasse heute den Gemeinden als Anteil an der Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer 0,10 R.M. auf je 1000 Papiermark ihrer Schlüsselanteile überwiesen. Die Ueberweisung entstammt je teilweise dem Aufkommen der Monate November und Dezember 1924. Für das ganze Rechnungsjahr 1924 können die Gemeinden mindestens erwarten: als Anteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer 0,82 R.M., als Anteil an der Umsatzsteuer 0,30 R.M. auf je 1000 Papiermark ihrer Schlüsselanteile.

(S.C.B.) Rottenburg, 8. Jan. Der Gemeinderat beschloß für das Rechnungsjahr 1924 sämtlichen privaten Gläubigern der Stadtgemeinde, die in Rottenburg ansässig sind den Besitz von Stadtdobligationen vor dem 1. Januar 1919 nachweisen bezw. selbst Gläubiger sind, gegen Anrechnung auf künftige Aufwertungsansprüche eine Verzinsung von 1 Proz. zu gewähren. Die während der Inflationszeit auf genommenen Anleihen werden nach dem Dollarkurs um gerechnet.

(S.C.B.) Friedrichshafen, 8. Jan. Gestern vormittag machte ein Wasserflugzeug einen einwandfreien und tadellosen Flug über See und Gelände. Ein zweiter Flug sollte dazu dienen, einen jungen Flieger mit der Maschine vertraut zu machen. Unmittelbar nach dem Start rutschte das Flugzeug aus beträchtlicher Höhe ab. Ein Bodenseedampfer gab die erste Hilfe. Nach dem Bericht von Augenzeugen fand der bekannte Flieger Wand, einer der tüchtigsten Lehrer der Flugschule, den Tod. Ein zweiter Flieger erlitt eine Beinverletzung. Ursache des Unfalls soll Unvorsichtigkeit sein. Das Flugzeug wurde geborgen.

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Berliner Briefkurse.

1 Dollar	4,21 Bfl.
1 holländischer Gulden	1707,1 Ma.
1 französischer Franken	227,4 Ma.
1 schweizer Franken	819,2 Ma.
1 Goldmark	1000,0 Ma.
Reichsindexziffer	1,32 Bi.
Goldumrechnungsjahr für Steuern	1000,0 Ma.

Deutsch-portugiesisches Handelsabkommen.

Die Handelskammer Stuttgart teilt mit: Am 31. Dez. v. J. wurde in Lissabon ein neues Handelsabkommen mit Portugal unterzeichnet, das im allgemeinen den bisherigen Zustand verlängert, insbesondere also Deutschland auch weiterhin den portugiesischen Minimaltarif sichert. Außerdem hat uns Portugal darin für diejenigen Artikel die Meistbegünstigung eingeräumt, für die sie Holland und Norwegen bereits genießen. Für den Fall, daß Portugal anderen Staaten weitergehende Zugeständnisse in Bezug auf die Liste der meistbegünstigten Artikel macht, ohne sie auch Deutschland einzuräumen, ist die Möglichkeit einer vorzeitigen Kündigung des Vertrages vorgesehen. Deutschseits ist für Port- und Madeira-Wein der gleiche Zollsaß wie für Tarragona, Malaga, Xeres usw. gewährt worden. Diese Bestimmungen bedarf jedoch der Ratifikation durch den Reichstag. Der ermäßigte Saß für Port- und Madeira-Wein tritt also erst mit der Ratifikation in Kraft. Die portugiesischen Einfuhrverbote für Seiden- und Kunstseidengewebe, Seiden- und Baumwollsaß usw. vom 27. 10. v. J. sind bereits im Laufe der Verhandlungen aufgehoben worden. Abgesehen von den Bestimmungen über die Verzollung des Port- und Madeira-Weins tritt das Abkommen sofort in Kraft. Es gilt für 12 Monate.

Oesterreichs Finanzausgleich.

Berlin, 8. Jan. Am 15. Januar tritt nach der „Post“ nach vorhergegangener Fühlungsnahme mit allen Ländern in Wien eine allgemeine Länderkonferenz zusammen, welche die für die Konsolidierung des Voranschlags überaus wichtige Frage der Abgabenteilung zwischen Bund und Ländern und der Finanzierung der Länder regeln soll.

Landesproduktbörse.

(ECB.) Stuttgart, 8. Jan. Auf dem Getreidemarkt sind keine Veränderungen zu verzeichnen; die Stimmung bleibt fest, sowohl Käufer als auch Verkäufer beobachteten Zurückhaltung. Die Preise sind gegenüber der letzten Börse vom 5. Januar unverändert geblieben.

Bericht der Stuttgarter Börse.

(ECB.) Stuttgart, 8. Jan. An der Börse herrschte heute ziemliche Zurückhaltung und Unsicherheit und die Kurse bröckelten mit wenigen Ausnahmen leicht ab.

Festsetzung besonderer Abschlußzahlungen auf Einkommen- und Körperschaftsteuer 1923.

Berlin, 8. Januar. Wie der Zentralverband des Deutschen Großhandels uns mitteilt, haben die Spitzenverbände von Industrie und Handel mit dem Reichsfinanzminister in Verhandlungen über die außerordentlich willkürliche und rigorose Handhabung der Einkommensteuerabschlußzahlungen 1923 durch die Finanzämter geführt. Auf Grund dieser Verhandlungen hat der Reichsfinanzminister dem Zentralverband des Deutschen Großhandels mitgeteilt, daß er in einem Erlaß vom 25. Dezember 1924 die folgenden, die Willkür der Finanzämter einschränkenden Bestimmungen getroffen hat:

1. Abschlußzahlungen sind, wenn der festzusetzende Betrag 5000 Reichsmark nicht übersteigt, überhaupt nicht mehr festzusetzen.

2. Wenn ein Finanzamt beabsichtigt, eine besonders Abschlußzahlung festzusetzen, die über diesen Betrag hinausgeht, so ist in jedem Falle vor der Festsetzung die Genehmigung des Präsidenten des Landesfinanzamtes einzuholen. Bei der Erteilung der Genehmigung sind folgende Punkte zu beachten:

a) Von einer Wiederholung der Festsetzung einer besonderen Abschlußzahlung ist, wenn nicht ganz besonders schwerwiegende Gründe für sie vorliegen, tunlichst überhaupt abzusehen.

b) Aus der Festsetzung des Vermögens vom 31. Dezember 1922 und 31. Dezember 1923 kann ein Einkommen nicht ohne weiteres errechnet werden. Zunächst sind die Wertmaßstäbe ganz verschieden (Dollar am 31. Dezember 1922 — 7200 Mark, am 31. Dezember 1923 — 4,2 Billionen Mark). Abgesehen davon kommen aber Wertsteigerungen bei an beiden Stichtagen vorhanden gemeinsamen Vermögensgegenständen überhaupt nicht in Betracht. Grundsätzlich kommt es daher nur auf im Jahre 1923 neu erworbenes Vermögen an.

Der Grundsatz zu 1 gilt nicht, wenn mit Zustimmung des Steuerpflichtigen die Einkommensteuerveranlagung für 1922 ausgelegt war oder wenn sich Angaben des Steuerpflichtigen auf Grund deren eine Abschlußzahlung festgesetzt worden ist, als wesentlich unrichtig abgeben herausstellen.

Bis zum 1. Februar 1924 sehe ich einem Bericht darüber entgegen, welche besonderen Abschlußzahlungen in der Zeit seit dem 1. Dezember 1924 festgesetzt worden sind und wieviel Abschlußzahlungen bei den einzelnen Finanzämtern noch schweben bzw. in Aussicht genommen sind. Die einzelnen Fälle sind mir namentlich zu bezeichnen.

Eine Statistik des deutschen Rundfunk.

Noch bis vor ganz kurzer Zeit gab es in Deutschland immer noch weite Kreise, die der Ansicht waren, daß der deutsche Rundfunk niemals den ausländischen Unternehmungen gleichkommen würde. Das Gegenteil ist aber der Fall, denn wie sich ziffernmäßig feststellen läßt, ist die Zahl der deutschen Hörer seit der Freigabe des Rundfunks in sprunghaftem Steigen begriffen. Aus der amtlichen Statistik ergibt sich etwa folgendes Bild: am 1. Dezember 1923 500 Teilnehmer, am 1. Januar 1924 1500, am 1. April 1924 8000, am 1. August 1924 158 000, am 1. November 1924 375 000 und am 1. Dezember 1924 475 000 Teilnehmer.

Seit dem letzten Datum ist keine Unterbrechung in der Steigerung der Ziffer eingetreten, so daß man heute ohne Uebertreibung mit einer Hörerzahl von weit über einer halben Million rechnen kann.

Schlachtwiehmärkte.

Stuttgart, 8. Jan. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 170 Ochsen, davon unverteilt 10, 23 Bullen, 290 (20) Jungbullen, 293 (10) Jungkinder, 139 (10) Kühe, 1294 (170) Kälber, 1406 (270) Schweine, 48 Schafe und 1 Ziege. Erlös aus je 1 Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1. 43—48 (am 30. 12. 24: 44—48), 2. 35—40 (35—41), 3. 28—34 (30—34), Bullen 1. 43—46 (44—47), 2. 38—41 (38—42), 3. 33—36 (unv.), Jungkinder 1. 48—54 (51—54), 2. 40—46 (40—47), 3. 30—37 (33—36), Kühe 1. 29—38 (unv.), 2. 17—26 (unv.), 3. 12 bis 16 (unv.), Kälber 1. 70—74 (74—76), 2. 63—68 (67 bis 71), 3. 50—59 (55—63), Schafe 58—64 (55—64), Schweine 1. 78—80 (82—85), 2. 73—76 (77—80), 3. 67—71 (70—75), Sauen 58—75 (60—75). Verlauf des Marktes: mäßig belebt, später abflauend, Ueberstand.

Vieh- und Schweinepreise.

In Kalen kosteten Ochsen das Paar 1020—1150, Stiere 350—460, Färren 210—400, Kühe 200—493, Kälber und Jungvieh 125—550, Kälber 75—110 Mark je das Stück; in Schwenningen Milchschweine 22—27,50.

Fruchtpreise.

In Kalen kostete Weizen 14, Gerste 12,80—13,50, Haber 7,50—9,50; in Ravensburg Weizen 12,35 bis 13,75, Dinkel 9,50—10, Roggen 11,50—12,50, Braugerste 12,50—12,75, Futtergerste 12—12,50, Hafer alt 11—12,40, neu 8,50—10,50; in Ebingen Gerste 12—12,60, Haber 8—8,60; in Balingen Haber 10,50; in Raasdorf Weizen 15, Gerste alt 11,70, neu 10, Haber alt 12,80, neu 7,50—8,50, Ackerhühner 8,50; in Geislingen a. St. Weizen 10,50—12,60, Roggen 10,50; in Urach Dinkel 8,60, Gerste 10,70, Haber 8,80—9,30, Weizen 12—13, Roggen 10,50—12, Linsen 22; in Reutlingen Weizen 12,50 bis 14, Gerste 12—12,50, Haber 8—11,60, Unterländer Dinkel 9, Linsen 20; in Heidenheim Kernen 12,50, Weizen 12,50, Gerste 13,80—14 Mark je der Zentner.

Kirchliche Nachrichten.

Evang. Gottesdienste.

1. Sonntag nach Erscheinungsfest, 11. Jan.: B. T. 473. Hauptandacht 9 1/2 Uhr Predigt, Lied 475 „Lobt froh den Herrn“, Dekan Zeller; 3/11 Uhr Sonntagsschule; 1 Uhr Christenlehre Töchter 1. Bez.; 5 Uhr Abendredigt Stadtpf. Lang. Donnerstag, 15. Jan.: 8 Uhr abends Lichtbildervortrag über die Bobelschwingerischen Anstalten in Bethel im Vereinshaus.

Kath. Gottesdienst.

Sonntag, 11. Jan.: 8 Uhr Frühmesse, 9 1/2 Uhr Predigt und Amt, 2 Uhr Andacht. Montag: 8 Uhr Gottesdienst in Bad Liebenzell.

Versteigerung

wieder jeweils Montag, vormittags 9 Uhr für Bezirk I und II. Stadtpflege Calw.

Die auf Samstag ausgefahrene

Versteigerung findet nur noch hinsichtlich der Cigarren statt Gerichtsvolk, Ohngemach

Suche bis 1. Februar wegen Krankheit des bisherigen, ein

Mädchen nicht unter 20 Jahren, welches gute Zeugnisse besitzt, das kochen und auch etwas nähen kann, bei gutem Lohn. Frau Christiane Schmidt gem. Warenaeschäft Altensteig D.-A. Nagold.

Wollene Strümpfe

in schwarz und braun für Kinder und Erwachsene baumwollene Wako- und Seidenflorstrümpfe in schwarz und farbig Herrensocken, Sportstrümpfe.

Paul Räumle a. Markt, Calw.

Flachs zu Leinwand!

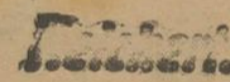
Flachs, Hanf u. Abwerg

verarbeiten im Lohn zu Garnen und Geweben, roh und gebleicht, farbigen Bettzeugen, Hand- und Tischlächern, Zwischen u. s. w. unter Garantie für höchste Ausbeute der Spinnstoffe und schönsten Ausfall der Garne und Gewebe.

Billige Berechnung — schnelle Lieferung.

Gebrüder Spohn Jttenbeuren, Post u. Station Ravensburg.

Niederlagen:
Althengstett: C. Straile, Kaufmann
Bad Liebenzell: Gerhard Paulus, Kaufmann
Calw, obere Marktstr. 23: Geschwister Stanger, Kurzwarengeschäft
Neubulach: Wilhelm Roller, Seilermeister
Unterreichenbach: August Dietz, Sattler
Waldenstadt: C. Henninger Nachf. Kfm.
Würzbach: Friedrich Schanz, Oekonom.



bringt wieder etwas Neues!

Achtung.

Ich gebe noch einige von meinen prämierten



Kanarienhähnen ab, Tag- und Lichtfänger, Tiefe Knorre mit Hohl- und Klingelroll

Ab. Wohlgenuth, Altburg.

Ein Paar starke

Läufer-Schweine

verkauft Samstag Nachmittag von 3 Uhr ab Fr. Greule Oberkollbach

Eissporen

Beim Betreten eines Zimmers mit einem Fingerdruck umzustellen und beim Verlassen wieder in Tätigkeit zu bringen.

Ehrliches, fleißiges, kinderliebes

Mädchen

sofort gesucht Frau Otto Georgii Bischoffstraße.

Mädchen

braves, fleißiges, welches sich als Kaffeeköchin ausbilden will, zu raschmöglichstem Eintritt gesucht.

Schwarzwaldheim Schömberg Station Liebenzell.

2 heizbare möblierte Zimmer

hat sofort zu vermieten. Wer jagt die Geseh.-St. ds. Bl.

300 Mark

gegen gute Sicherheit aufzunehmen gesucht. Gest. Angebote an die Geschäftsstelle ds. Bl. unter S. S. 8 erbeten.

Im Anfertigen, Wenden u. Reparieren sämtlicher

Herren-Garderobe

empfehlen sich Sebelmaier, Schneider

Linoleum für Tische u. Böden

Emil G. Widmaier Bahnhofstraße.

Paraffin

weiß in Tafeln empfiehlt

R. Hauber.

Inventur-Ausverkauf

Inventur-Ausverkauf vom 2.—15. Januar bei **Friedrich Daur.**

Während d. Inventurausverkaufs

genießen Sie ganz enorme Vorteile und habe ich besonders Qualitätsware weit im Preise herabgesetzt. Deshalb kaufen Sie jetzt

in Liebenzell

bis zu
30 Proz.
Preisermäßigung.



Mein Inventur-Ausverkauf
beginnt am 9. Januar zu weit herabgesetzten Preisen

Empfehle
Damenwäsche
Herrenwäsche
Kinderwäsche

Schürzen, Strümpfe
Socken, Strickwesten, gestricke Knabenweater, gestricke Knabenanzüge, Kinderkleidchen, Tischtücher, Hosenträger, Tischwäsche, Waschluche, Bettwäsche wie: Kissen, Haipfel, Oberbetttücher, Bettlamast, Halbleinen, Hemden-tuche, Hemdenflanelle, Handtücher usw. usw.

Ernst Kofz, Bad Liebenzell

Wilhelmstraße

Hauptgeschäft Pforzheim, Markt 8.

Die Weihnachts-Feier



des
**Fußballclubs
Altburg**

findet am Sonntag, den
11. Januar im Gasthaus
zur „Sonne“ statt.

Freunde und Gönner sind herzlich eingeladen.
Saalöffnung 3 Uhr. Beginn 6 Uhr.
Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt.
Der Ausschuß.

Schützenverein Aigenbach



hält am Sonntag, den
11. Januar 1925 im Gast-
haus zum „Lamm“ seine

**Weihnachts-
Feier**

ab, wozu freundlichst einladet
der Verein.

Beginn abends 6 Uhr.

Bettbarchente

in vielen Farben und erprobten Qualitäten

Bettfedern

in großer Auswahl.

Einzelne Bettstücke und ganze Betten können
in kurzer Zeit fertiggestellt werden.

Damast : Bettzeug : Bettzib
Leintuchstoffe : Kissenbezugstoffe
in überaus großer Auswahl.

**Paul Ränchle, Calw
am Markt.**

Am Samstag, den 10.
und
Sonntag, den 11. Jan.
halte ich



Metzelsuppe

wozu höflichst einladet

**Carl Volz
Bahnhofwirtschaft.**

Reichert.

Eine wundervolle
Zusammenstellung

Kleine Anzeigen —
Große Auswahl!

Cravatten

unüberroffen in
Farbenpracht und Güte

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland

1925

Neue

Wandkalender

das Stück zu 10 Pfg.

sind auf der Geschäfts-
stelle dieses Blattes
erhältlich.

1925

Der sprichwörtliche Appetit der Jugend



ist immer auf Butterbrot ge-
richtet. Die Feinkostmargarine
„Schwan im Blauband“
hilft ihn stillen; durch ihren
hohen Nährwert ist sie den
Kindern besonders zuträglich.

Preis 50 Pfg. das Halbpfund
in der bekannten Packung.



**Schwan im
Blauband** frisch
geküht

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blauband“ das farbig
illust. Familienblatt „Die Blauband-Woche“ gratis zu verlangen.

Die Kloster-Brauerei Alpirsbach

bringt von heute ab ihr bekanntes

vorzügliches

Starkbier



hell und dunkel, zum Ausstoß.

Gest. Bestellungen für Calw und Umgebung
nimmt entgegen

Engelbert Hafz, zum „Badischen Hof“

Fernsprecher 132.

Schürzen aller Art in großer Auswahl!

Ärmelschürzen Trägerschürzen

Wienerschürzen, Holländerschürzen

Hauschürzen aus den verschiedensten Stoffen
in eleganten Macharten

Schwarze Panamaschürzen f. Kinder u.
Erwachsene

Weißer Schürzen für Kinder u. Erwachsene

Farbige Kinderschürzen in allen Größen

Knabenschürzen in reizenden Formen

Paul Ränchle, am Markt, Calw.



**Pfaff-, Gritzner-, Phönix-
Nähmaschinen**

(große Auswahl)

für Familiengebrauch,
Gewerbe und Industrie.

Unbegrenzte Dauerhaftigkeit. 5 Jahre Garantie.

Stopfen, sticken u. nähen vor- u. rückwärts.
Teilzahlungen bis zu 12 Monaten gestattet.

Niederlage bei **Fr. Herzog b. Rössle, Calw**
Fachmännische Reparaturwerkstatt.

Inferieren bringt Erfolg!